

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Bezugspreis:**  
Vierteljahr 1.20 - 11. monat 30. -  
Jahr 4.80 - 39. monat 40. -  
Für den Ausland bezug 12. -  
Der "Vorwärts" mit der Sonntags-  
beilage "Volk und Welt", der Unter-  
haltungsbeilage "Heim" und der  
Beilage "Erziehung und Jugend" er-  
scheint wochentäglich vier mal, Sonntags  
und Montags einmal.  
Ergebnis-Adresse:  
"Sozialdemokratisches Berlin"

**Anzeigenpreis:**  
Die Jahrgangsposten Kompositionelle  
Zettel 2. - "Kleine Anzeigen"  
des städtischen Bureau 3. - 11. (un-  
ter) zwei verteilte Worte, jedes  
weiterer Satz 1.50 M. Stellenanzeigen  
und Stellenanzeigen des ersten  
Wort 1.50 M. jedes weitere Wort  
1. - 11. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Preis 4. - 11.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leistungsfähigkeit.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4. Uhr nachmittags im  
Druckerei-Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Sonst  
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: EW 68, Lindenstr. 3  
Kerniprecher: Redaktion Morinplan 151 95-97  
Expedition Morinplan 117 53-51

Montag, den 23. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., EW 68, Lindenstr. 3  
Kerniprecher: Verlag, Expedition und Interaten-  
Anstaltung Morinplan 117 53-51

## Landtagswahlen in Braunschweig.

Starker Zuwachs der SPD.

Am Sonntag fanden in Braunschweig die Neuwahlen zum Landtag statt, nachdem die verfassunggebende Landesversammlung nach Ablauf der Wahlzeit ihre Auflösung beschlossen hatte. Die Landesversammlung hatte bekanntlich eine sozialistische Mehrheit (Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten) von 32 Mandaten gegenüber 28 bürgerlichen.

Das endgültige Wahlergebnis liegt heute noch nicht vor. Doch gewähren die bisher eingetroffenen Meldungen schon ein Bild über die zukünftige Zusammensetzung des Landtags. Nach nichtamtlichen Zählungen haben erhalten:

Landeswahlverband (vereinigte Rechtsparteien, Welfen und Zentrum)	96 496	Reichstagswahl 1920	107 638
Demokraten	28 110		18 800
Sozialdemokraten	31 502		30 562
U. u. K.	68 215		108 181
SPD	10 131		1 800

Das bedeutet also, daß die bürgerliche Stimmenzahl nur um rund 5000 niedriger ist, als die Zahl aller Arbeiterparteien. Da noch einige kleine Orte ausstehen, kann also diese Differenz noch verringert werden. Man muß daher damit rechnen, daß der zukünftige Landtag Stimmengleichheit aufweisen wird, soweit der Bürgerblock gegen die Sozialisten aufmarschiert.

Bemerkenswert ist indessen die Verschiebung

innerhalb der Parteien. Unsere Partei kann einen Gewinn von rund 20 000 Wählern buchen, der sich selbstverständlich auch in der Mandatszahl auswirkt. Wir werden mit 12 Mann in den Landtag einziehen, die Unabhängigen mit 16 (nachdem sie 5 Mandate verloren haben), die Kommunisten mit 2. Von den 30 Mandaten der bürgerlichen Parteien werden die Rechtsparteien 24, die Demokraten 6 erhalten. Von den sozialistischen Stimmen, die bei der Reichstagswahl 1920 gezählt wurden, sind rund 10 000 im Lager der Indifferenz verschwunden. Von den 40 000 Stimmen, die die Unabhängigen verloren, fließen rund 20 000 zur Sozialdemokratie und nur 8300 zu den Kommunisten. Daß die Rechtsparteien trotz ihrer Hege gegen das rote Braunschweig keinen Zuwachs, wahrscheinlich gar einen nicht unerheblichen Rückgang verzeichnen mußten, ist auch ein Zeichen der Zeit, das noch durch den Zuwachs der bürgerlichen Demokraten unterstrichen wird.

In der Stadt Braunschweig, die naturgemäß den Brennpunkt des Interesses bildete, wurden für die drei sozialistischen Parteien 43 305, für die bürgerlichen Parteien zusammen 41 743 Stimmen gezählt. Es erhielten: Sozialdemokraten 11 913 (gegen 6583 bei der Reichstagswahl), die Unabhängigen 26 694 (gegen 34 573), Kommunisten 4717 (gegen 1112), der bürgerliche Landeswahlverband 33 844, Demokraten 7889 Stimmen. Von 96 972 Wahlberechtigten haben insgesamt 85 078 gewählt; das ergibt eine Wahlbeteiligung von 87,7 Proz., wozu noch 1900 Wahlscheine kommen.

## Der Stand der Besoldungsfrage.

Von Th. Kohur.

Die im Laufe der Zeit in der Presse veröffentlichten Mitteilungen über die Besoldungsverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichs- und Staatsbetriebe bieten dem Leser nur sehr schwer eine allgemeine Uebersicht über den augenblicklichen Stand. Nur zu oft werden die Lohn- und Gehaltsbewegungen und ihre Ergebnisse je nach der politischen Färbung der Presse zu einer Stimmungsmache benutzt. Darunter leidet natürlich die objektive Berichterstattung, und so kommt es, daß die Bewegung fernstehenden Zeitungsläser sich kein klares Bild von dem Stande der Besoldungsverhältnisse des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe machen können. Ja selbst unter den von der Bewegung Betroffenen entsteht dadurch die größte Verwirrung, die sich dann in übereilten Streitbeschlüssen, mindestens aber in einem sogenannten Ultimatum kundgibt. Die in den letzten Tagen der Öffentlichkeit übermittelten Streitandrohungen sind dafür der beste Beweis. Es erscheint aus diesem Grunde zweckmäßig, in aller Kürze einmal festzustellen, wie sich die Einkommensverhältnisse augenblicklich gestalten.

Für die Lohnempfänger gelten Lohnverträge, die durchweg im Jahre 1921 abgeschlossen wurden und inzwischen ohne besondere Kündigung mehrerer Lohnveränderungen unterworfen waren.

Die Beamten erhalten ihre Bezüge auf Grund des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920, das seit dieser Zeit ebenfalls wiederholt geändert wurde.

Das gesamte Personal wird unter Berücksichtigung der örtlichen Wirtschaftsverhältnisse in 5 Ortsklassen eingeteilt mit der Maßgabe, daß für die Beamten in der Ortsklasse E bei dem niedrigsten Grundgehalt (Besoldungsgruppe I) jährlich 1200 M. und in der Ortsklasse A bei dem höchsten Grundgehalt (Besoldungsgruppe XIII) 8000 M. Ortszulage in Betracht kommen. Aus diesen Unterschieden erklärt sich auch das Streben der Beamten der vier untersten Ortsklassen nach Höherstellung. Der mit den Beamtenfragen weniger Vertraute kann sich kaum eine Vorstellung machen von den Kämpfen um das neue Ortsklassengesetz, das am 1. März 1922 die endgültige Fassung erhalten wird. Beamte der Orte, die jetzt noch höher gestuft werden, erhalten dann eine Nachzahlung des Differenzbetrages für die Zeit vom 1. April 1920 bis 1. März 1922, also für rund zwei Jahre.

Eisenbahn und Postverwaltung haben jetzt mit Wirkung ab 1. Oktober 1921 das für die Beamten geltende Ortsklassengesetz auf die unter die Lohnverträge fallenden Lohnempfänger übertragen. Damit wird eine wesentliche Beruhigung in den Kreisen der letzteren eintreten, wird doch endlich eine gleichmäßige Behandlung in den einzelnen Orten herbeigeführt. Die Lohnpannung zwischen der höchsten und niedrigsten Ortsklasse für die Lohnempfänger beträgt 1,80 M. pro Stunde. Die für einzelne teure Orte im Bereiche der Eisenbahnverwaltung festgesetzten Ueberteueringzuschüsse in Höhe von 1,10 bis 1,40 M. pro Stunde vergrößern allerdings die Spannung noch ganz erheblich. Trotzdem soll das System der Ueberteueringzuschüsse bei den am 23. Januar beginnenden Verhandlungen wesentlich ausgebaut und damit eine Anpassung der Reichsarbeiterlöhne an die vielfach bedeutend höheren Löhne der Privatbeiter erreicht werden. Auch die Frage, welche Lohnempfänger außer den Eisenbahnern Ueberteueringzuschüsse erhalten sollen und ob das System für die Beamten anwendbar ist, steht mit zur Debatte.

Die eigentlichen Stundenlöhne der Reichsarbeiter sind außer nach Ortsklassen noch nach dem Lebensalter und der Qualität abgestuft. Für männliche Arbeiter kommen 7 Lohngruppen in Betracht, wobei der 18 Jahre alte Arbeiter in Ortsklasse A und Lohngruppe I auf 7,85 M., der 24 Jahre alte auf 9,65 M., in Lohngruppe VII dagegen der erstere auf 6,65, der letztere auf 8,45 M. kommt. Dazu wird eine Kinderzulage von 80 Pf. pro Stunde und Kind gezahlt. In zahlreichen Eisenbahnwerkstätten erhöht sich der Stundenlohn noch um einen Bedingeverdienst, dessen Höhe sehr verschieden ist. Sie schwankt zwischen 10 und 30 Proz.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, sei ausdrücklich betont, daß in den genannten Lohnsätzen die Teuerungszulage bereits eingerechnet ist und daß es sich um den neuesten Stand ab 1. Januar 1922 handelt. Nach der Auflassung der Regierung berücksichtigt diese Lohnhöhe schon die im Februar zu erwartende Brotpreissteigerung.

Das Grundgehalt der Beamten beginnt in der Besoldungsgruppe I mit 7500 M. pro Jahr und steigt in 16 Jahren auf 12 000 M. Dazu kommt ein Ortszuschlag von 1200 bis 3200 M. im Anfangsgehalt und 1500 bis 4000 M. im Endgehalt. Zu Grundgehalt und Ortszuschlag gesellt sich ein Teuerungszuschlag von 40 Proz. für die ersten 10 000 M. Dienstentlohn und 20 Proz. für den Rest. Je nach der Beamtenqualität bewegen sich Grundgehälter, Orts- bzw. Teuerungszuschläge in 13 Besoldungsgruppen und teilweise als Einzelgehälter in aufsteigender Linie.

Für die Diätäre gilt eine Diätenordnung. Die darin enthaltenen verhältnismäßig niedrigen Diätensätze werden

## Die äußerste Grenze.

Eine Rede des Reichstagspräsidenten.

Auf Einladung des sozialdemokratischen Aktionsausschusses der U. u. K. wurde am Sonntag vormittag im überfüllten Saale der Brauerer Friedrichshain der Reichstagspräsident Genosse Löbe über das Thema: „Von Cannes nach Genoa.“ Er besprach die ersten- und innenpolitischen Situation und zeigte, welche Entwicklung Irland und Lloyd George in den letzten zwei Jahren gemacht haben, und gab der Ansicht Ausdruck, daß auch Poincaré gezwungen sein wird, im wesentlichen dieselbe Linie der internationalen Politik einzuschlagen. Im Augenblick sei allerdings die Frage durch die französischen Grafen Westarp verkompliziert worden. Wir müssen wir unsere Erklärung abgeben über einen Stundungsplan und über unsere Garantien. Das greift in die deutsche Steuerfrage hinein. Soweit der erdachtliche Etat in Frage kommt, soll er durch die schwebenden Steuererhöhungen ins Gleichgewicht gebracht werden. Für die Befestigung des außerordentlichen Etats hatten wir die Erläuterung der Sachverhalte vorgezogen. Heute ist kein Zweifel mehr, daß für diese Erläuterung eine parlamentarische Mehrheit nicht geschaffen werden kann, denn Zentrum und Demokraten stehen dabei im Gegensatz zu den Unabhängigen und uns. Als Ersatz wird jetzt eine Zwangsanleihe empfohlen. Wo also der Beschäftigte Opfer bringen soll, dort will er leben, stehen mit Beteiligung und Tilgung und eventueller Rückzahlung. Ein Eingehen auf diesen Plan, das würde die äußerste Grenze sein, auf die wir nach Ansicht des Redners zurückweichen können, um das Kabinett Wirth zu halten, das bisher gewisse außenpolitische Erfolge erzielt hat. Sind aber Zentrum und Demokraten nicht bereit, so weit nachzugeben, dann zerfällt die Regierungsmehrheit und wir müssen entweder mit Neuwahlen oder mit einem Rechtskabinett unter Stresemanns Führung rechnen. Beides würde eine Verzögerung unserer Zahlungsvereinfachungen und eine Gefährdung weiterer internationaler Vereinbarungen bedeuten, würde wahrscheinlich neuen Marktschwund und Preissteigerung nach sich ziehen. Aber trotzdem ist die äußerste Grenze des Zurückweichens für die Sozialdemokratie erreicht. Können die bürgerlichen Koalitionsparteien nicht so weit mit uns gehen, dann müssen sie eine andere Koalition suchen.

Redner besprach dann die von den Kommunisten aufgestellte Forderung nach einer reinen Arbeiterregierung eventuell mit einer Diktatur. Das würde bei der gegenwärtigen internationalen Lage uns keine Besserung, sondern noch tiefere Knechtschaft und verhängnisvolles Ende bringen. Er warnt auf der anderen Seite Poincaré, das französische Volk nicht allzu sehr über die deutschen Möglichkeiten zu täuschen. Es könne sonst für einmal ein Erwachen geben, wie für die deutschen Machthaber im November 1918.

Auf den Unterhändler von Cannes, Minister a. D. Walter Rathenau, den früheren Arbeitgeber seiner Zuhörer zurückkommend, führte Genosse Löbe aus, daß es sehr bedauerlich sei, wenn dieser zweifellos verdiente Unterhändler von gewisser Seite aus recht wenig vernünftigen Motiven mit Undank beehrt werde. Die deutsche Politik sei nicht so reich an geeigneten Männern, die den fremden Staatsmännern ebenbürtig sind, und wir schämen uns nicht, wenn wir die wenigen durch unangemessene Kritik verächtlichen.

Italienischer Volkshörer in Paris wird Graf Sforza. (Sein Verhalten in der obersteilischen Frage bürgt wohl dafür, daß er das Agreement Poincarés schon hat.)

## Deutschland und Rußlands Wiederaufbau

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags berichtete Reichskanzler Dr. Wirth eingehend über die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Deutschlands zu Rußland. Die Ausführungen gliederten in der Erklärung, daß Deutschland den baldigen Wiederaufbau Rußlands wünsche. Auch wünsche Deutschland kein deutsches Wirtschaftsmonopol, sondern die deutsche Regierung sei bereit, mit anderen Interessenten gemeinsam zu operieren, im Einvernehmen und mit Zustimmung derjenigen Gebiete, für die derartige Syndikate errichtet werden sollen. In dem hieraus folgenden vertraulichen Gedankenaustausch kam trotz der natürlicherweise verschiedenen Stellung der einzelnen Parteien zu dem russischen Problem allgemein der Wunsch zum Ausdruck, daß ein Wiederaufbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland auf das dringendste zu erstreben sei. In der Diskussion sprachen bisher die Abg. Gotheln (Dem.), Welz (Soj.), Stöcker (Komm.), v. Rheinbaben (D. Vp.), Dr. Hochsch (Dnat.), Dittmann (U. Soj.), Dernburg (Dem.), Bernstein (Soj.).

Ministerialdirektor v. Malbahn, der Leiter der russischen Abteilung im Auswärtigen Amt, antwortete in eingehenden Darlegungen den Rednern. Dem Vorschlag der Abg. Müller-Franke (Soj.) in Vertretung für den erkrankten Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.).

## Der Tod des Papstes.

Sonntag früh um 6 Uhr war der Widerstand der Natur des achtundsechzigjährigen gebrochen; eine seiner letzten Aeußerungen soll noch der Sorge um den Weltfrieden geolten haben. Dem päpstlichen Nuntius Pacelli ist folgendes Telegramm zugegangen:

Tief erschüttert durch das Hinscheiden Seiner Heiligkeit des Papstes, spreche ich Eurer Ergebenheit im Namen des Deutschen Reiches meine aufrichtigste Teilnahme aus. Das deutsche Volk denkt in Dankbarkeit der großen Liebestätigkeit des Papstes während des Weltkrieges und in der Folgebereit sowie seiner unermüdblichen Bestrebungen für den Wiederaufbau der Welt im Sinne der Völkerverbrüderung und christlichen Nächstenliebe. Ebert, Reichspräsident.

Die Fahnen auf dem Reichstagsgebäude sind halbmast gesetzt. Das Kardinalkollegium zählt gegenwärtig 61 Kardinäle, davon 31 Italiener und 30 Ausländer, darunter drei Deutsche, zwei Oesterreicher, fünf Franzosen, ein Belgier, ein Ungar, ein Tschechoslowake, zwei Polen, ein Holländer, sechs Spanier, ein Portugiese, fünf Amerikaner, ein Kanadier und ein Brasilianer.

## Dollar 203.

An der heutigen Berliner Börse wurden die Rede Lloyd Georges und die Rede Löbes viel diskutiert. Man liest aus den Worten Lloyd Georges nur das eine heraus, daß Deutschland unter allen Umständen zahlen soll. Löbes Mitteilungen über die Schwierigkeiten des Zustandekommens des Steuerkompromisses sowie die angeforderte Zwangsanleihe riefen verstärkte Nachfrage nach Devisen hervor. Dollarposten wurden ungefähr mit 199 und nach Verlauf der ersten Börsenstunde mit etwa 203 gehandelt. Im Effektenmarkt war die Tendenz fest. Die Umsätze hielten sich jedoch in sehr engen Grenzen.

aber durch Ausgleichszulagen in der Weise erhöht, daß ein Diätar im ersten und zweiten Diätariendienstjahre je 95 und im dritten 98 Proz. der Bezüge des planmäßigen Beamten seiner Gruppe erhält.

Schließlich sei noch erwähnt, daß den Beamten Kinderzulagen gewährt werden, die pro Kind bis zum 6. Lebensjahre 2160 M., bis zum 14. 2880 M. und bis zum 21. 3600 M. jährliches Mehreinkommen ergeben.

Der Reichstag hat soeben den 4. Nachtrag zum Etat für 1921 angenommen und damit die mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden vereinbarte Gehaltsverbesserung sanktioniert. Wie schon betont, sind in den vorstehenden Lohn- und Gehaltsfragen die Neuregelungen bereits berücksichtigt. Wesentlich ist, daß die Regierung dem Reichstag versprochen hat, sobald wie möglich in eine Erörterung über alle aktuellen Beamtenfragen: Grundgehaltsfrage, gleitende Skala usw. einzutreten. Damit ist die Möglichkeit noch immer offen, endlich zu einer Regelung zu kommen, die den berechtigten Wünschen des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe entspricht.

### Der Eisenbahnerstreik in Dresden beendet.

Die Verweigerung der Anerkennung des Streiks durch den Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes und der Hinweis darauf, daß der Streik die augenblicklichen Verhandlungen mit der Regierung ungünstig beeinflusst, führte zu dem Beschlusse der Streikenden, den Streik abzubrechen und heute früh die Arbeit in allen Betrieben wieder aufzunehmen. Der Zugverkehr von Berlin nach Dresden war bereits gestern Sonntag wieder fahrplanmäßig. Von Dresden nach Berlin verkehrten dagegen nur die aus Deutschland und der Tschechoslowakei kommenden Schnellzüge. Heute ist der Personen- wie der Güterverkehr zwischen Dresden und Berlin wieder normal.

Der Hauptbahnhof in Dresden wurde gestern abend von der Schupo besetzt und abgesperrt. Nur einer der fünf Eingänge blieb offen. Die Fernzüge, meist Durchgangszüge, wurden abgeleert. Die Berliner Züge sind in Dresden angekommen. Angeblich sind einige Mitglieder der Streikleitung verhaftet worden. Die Streikenden hätten gemeldet die Ausfahrt der Lokomotiven aus den Heizhäusern verhindert und auf der Strecke Dresden-Friedrichstadt die Uebergangswächter von ihren Posten entfernt. Der Güterverkehr ist vollständig unterbunden. Von 13 000 Arbeitern befinden sich etwa 8000 im Streik.

Aus Dresden wird uns berichtet: Der Streik ist im Abflauen begriffen. Die Arbeit in Dresden-Reustadt wurde wiederaufgenommen. Auch auf Dresden-Hauptbahnhof wird seit heute morgen wieder gearbeitet.

### Zur Streiklage in Sachsen.

Der Deutsche Eisenbahnerverband teilt uns mit: Nach den zur Stunde vorliegenden Meldungen hat heute morgen der in Dresden ausgebrochene Streik der Eisenbahner auch auf die Werkstätten Zwickau übergegriffen. In Dresden selbst hat er eine weitere Ausdehnung nicht erfahren. Im Gegenteil, in Radeberg bei Dresden ist die Arbeit inzwischen wieder aufgenommen worden. Auch die Werkstätten Dresden-Friedrichstadt hatten den Betrieb aufrecht. Aus den übrigen Teilen Sachsens, besonders auch aus Leipzig wird berichtet, daß es bisher zu keiner Arbeitseinstellung gekommen ist.

Die Besetzung der Hauptwerkstätte Chemnitz beschloß mit 3000 gegen 100 Stimmen den Streik abzulehnen.

In Zwickau haben die Werkstättenleiter die Arbeitsstellen heute verlassen und demonstrierten auf dem Bahnhofsplatz. Die Forderung an den Betriebsrat, nicht für die Betriebsarbeiter den Streik zu erklären, wurde abgelehnt.

### Auch die Reichsgewerkschaft beteiligt.

Dresden, 22. Januar. (TU.) Eine von über 1000 Personen besuchte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Dresden der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, die zur Leuerungsaktion und zur Streikfrage Stellung nahm, beschloß heute normativ einstimmig, in den Streik einzutreten, wenn bei den am Dienstag in Berlin stattfindenden Verhand-

lungen die Forderungen der Eisenbahner von der Reichsregierung abgelehnt werden sollten. Die Kollegen, die sich bereits am wälden Streik beteiligen, sollen unbedingt von der Reichsgewerkschaft gedeckt werden.

### Stellungnahme der Generaldirektion.

Der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden ist es bisher möglich gewesen, den Hauptverkehr großenteils, wenn auch mit Verspätungen, aufrechtzuerhalten.

Der Präsident der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden hat angefangen der in Dresden in die Kreise der Bediensteten hineingetragenen Beunruhigung die Aufforderung an alle Eisenbahner gerichtet, ihre Arbeit fortzusetzen. Da diese Aufforderung nicht allenthalben befolgt worden ist, hat der Präsident durch Anschlag bekanntgegeben, daß diejenigen Eisenbahner, die ihre Arbeit bis heute nachmittag 2 Uhr nicht wieder aufgenommen haben, ihre sofortige Entlassung zu gewärtigen haben. Gegen die unfürdbar Angestellten wird im Wege des Disziplinarverfahrens vorgegangen werden.

Die Lage hat sich zusehends. Es sind bereits Einigungsverhandlungen von Streikenden vorgenommen worden. Wie die „Leipziger Neueste Nachrichten“ melden, hat Wirtschaftsminister Felli eine von der Generaldirektion angeratene Einsetzung der Technischen Röhlfabrik abgelehnt. Nach den vorliegenden Meldungen ist in ganz Sachsen die Lage nach ruhig. Die für heute vormittag bevorstehenden Beschlüsse lassen aber ein weiteres Umschlagen des Streiks nicht als ausgeschlossen erscheinen.

### Die Schikanen am Rhein.

Ach debattierter Erledigung einiger seiner Vorlagen wandte sich der preussische Landtag in seiner heutigen Sitzung der Beratung großer Anfragen und Anträge über die Lage der Deutschen in den besetzten und abgetretenen Gebieten zu, insbesondere über die Verhältnisse im Saargebiet und Oberschlesien.

#### Ministerpräsident Genosse Braun

führte aus: Das Friedensdiktat von Versailles birgt schwere Lasten und Unbill für die Bewohner des linksrheinischen Gebietes. Fünfzehn Jahre soll dieses Gebiet unter dem Druck einer fremden Militärbesatzung stehen. Ist diese schon schwer zu tragen, wenn sie sich im Rahmen der Friedensvorschriften hält, so wird sie die betroffene Bevölkerung unerträglich, wenn sie in willkürlicher Auslegung der Bestimmungen zu Vergewaltigungen und kleinen Ausfällen führt, wie wir sie vornehmlich in den von Franzosen besetzten Gebieten erleben immer wieder erleben müssen. Manche dieser Maßnahmen erinnern an die Zeit des Friedens und der Völkerverleumdung, daß es recht eigenartig anmutet, wenn jetzt die Besatzungsbehörden durch Untersuchungskommissionen festgestellt werden lassen, ob der Schulunterricht auch im Geiste der Völkerverleumdung, wie die Reichsverfassung vorschreibt, erteilt wird. Auch ich wünsche, daß ebenso wie in den anderen Teilen unseres Landes auch im besetzten Gebiet die Jugend in der Schule im Geiste der Völkerverleumdung erzogen wird. Die Besatzungsbehörden haben jedoch die moralische Qualifikation verweigert, ein derartiges Verlangen zu stellen und seine Durchführung zu kontrollieren.

#### Das Saargebiet

wird auf 15 Jahre von Deutschland abgetrennt und dem Völkerbund zur Verwaltung übergeben, der zu diesem Zwecke eine Regierungskommission einsetzt. Wie es zu diesen für die Bewohner des Saargebietes betrübenden Ergebnissen gekommen ist, darauf wird durch eine französische Veröffentlichung ein bezweifelndes Schlaglicht geworfen. Nach einem von Tardieu veröffentlichten Buche hat der frühere französische Ministerpräsident Clemenceau bei den Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz gegenüber Wilson und Lloyd Georges zur Unterstützung der Ansprüche Frankreichs auf das Saargebiet folgende Ausführungen gemacht: „Es gibt in der Gegend dort wenigstens 150 000 Menschen, die Franzosen sind. Auch diese Menschen, die im Jahre 1918 Adressen an den Präsidenten Poincaré geschickt haben, haben für sich Anspruch auf Gleichberechtigung.“ Nach dem Wortlaut dieser Ausführungen hat Clemenceau allerdings nicht ausdrücklich davon gesprochen, daß aus dem Saargebiet Adressen mit über 150 000 Unterschriften an den Präsidenten von Frankreich gerichtet worden seien, doch hat er tatsächliche Angaben darüber gemacht, welche Wünsche in diesen angeblichen Adressen zum Ausdruck gekommen sein sollen. Ihrem Sinne nach waren oder ohne Zweifel die Worte geeignet und wohl auch bestimmt, den Eindruck zu er-

wecken, als hätten 150 000 Einwohner des Saargebietes durch von ihnen unterzeichnete Eingaben an die französische Regierung ihre Zuneigung zu Frankreich oder ihre Wünsche auf Angliederung des Saarbeckens an dieses Land zum Ausdruck gebracht. Demgegenüber muß mit aller Bestimmtheit festgestellt werden, daß es in dem Saargebiet mit seiner ferndeutschen Bevölkerung einen auch nur irgendwie ins Gewicht fallenden Bruchteil jener angeblich 150 000 Franzosenfreunde weder damals gegeben hat noch heute gibt. (Lebhafteste Zustimmung.) Die Bevölkerung des Saargebietes hat gerade in jener kritischen Zeit trotz aller französischen Propaganda die unzweideutigsten Beweise ihres einmütigen und unerschütterlichen Willens gegeben, ungeachtet aller Not

auch im Anblick mit dem deutschen Vaterland vereint zu bleiben.

Es braucht nur auf die in dem deutschen Weisbuch über das Saargebiet wiedergegebenen, dem Präsidenten Wilson überlieferte Entschließung der Saarbrücker Bürgerchaft vom Dezember 1918, auf die gleichfalls im Weisbuch enthaltene, der Nationalversammlung in Weimar unterbreitete Kundgebung aller politischen Parteien, Arbeiterorganisationen und Vereine in Saarbrücken vom 17. März 1919 hingewiesen zu werden, die mit den Worten schließt: „Halt uns und du bist nicht, daß wir von unserem deutschen Vaterlande losgerissen werden!“ — um die Haltlosigkeit der Clemenceauschen Behauptungen von den angeblich 150 000 Saarfranzosen darzutun. Eine solche Adresse ist tatsächlich gar nicht vorhanden. Eingehende Erkundigungen, selbst durch öffentliche Stellungsaufforderungen, haben noch nicht im mindesten verblühte Tatsachen ergeben, auf die sich die Behauptungen Clemenceaus stützen könnten. Doch wird die Saarregierung auch weiterhin bemüht sein, das über der Angelegenheit noch schwebende Dunkel aufzuklären.

Zurzeit müssen wir uns damit abfinden, daß die Regierungsrechte im Saargebiet auf eine fünfköpfige Regierungskommission übergegangen sind, die

#### ohne Mitwirkung der Bevölkerung

nom Völkerbund ernannt wird. Der deutschen Regierung steht weder rechtlich noch tatsächlich auf die Auswahl der Mitglieder dieser Regierungskommission ein Einfluß zu. Sie besitzt auch keine Handhabe, auf die Führung der Geschäfte irgendwie einzuwirken, da vertraglich der ausdrückliche Verzicht Deutschlands auf die Regierung festgelegt ist, muß sorgfältig alles vermeiden werden, was irgendwie als Einmischung in die Regierungsgeschäfte und damit als Vertragsverletzung Deutschlands angesehen werden könnte. Bei dieser Rechtslage vermögen Staats- und Reichsregierung leider kaum etwas zum Wohle der Bevölkerung des Saargebietes zu tun. Um so mehr muß es Deutschland als seine heilige unabweisbare Pflicht anstehen, mit allem Eifer darauf zu achten, daß auch auf die Regierungskommission und die sonstigen Beteiligten die übernommenen Vertragspflichten peinlich erfüllt werden. Das deutsche Weisbuch zeigt, wie ernst es die deutsche Regierung mit ihrer Verpflichtung genommen hat, gegen vorzukommene und beabsichtigte Verletzungen der vertraglichen Rechte und Pflichten der Regierungskommission Verwahrung einzulegen und zu setzen, wie oft und in welchem Maße die Regierungskommission nach deutscher Auffassung und auch in den Augen der Bevölkerung, für deren Wohl zu sorgen sie berufen ist, den Rechtsboden des Vertrages verlassen hat.

Die Zusammenkunft der Regierungskommission und des Heberwegens des französischen Einflusses ist bekannt. Unzweifelhaft sind bei allen bisherigen Maßnahmen die Absichten hervorzuheben, das Saargebiet aus seinem engen politischen und wirtschaftlichen

#### Zusammenhang mit Deutschland zu lösen

und Frankreich durch Einräumung von weit über den Vertrag hinausgehenden Rechten die Möglichkeit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Durchdringung des Saarlandes zu bieten. Das Bestreben der Abtrennung des Saarbeckens von dem übrigen Deutschland verleiht die Regierungskommission dadurch zu vermitteln, daß sie dem ihrer Verwaltung anvertrauten Gebiet möglichst den Charakter eines selbständigen Staatswesens zu geben sucht.

Rein Zusammenstoß von Nürnberg und Jülich. Über den Zusammenstoß der Städte Nürnberg-Jülich wurde am Sonntag, den 22. Januar, eine Volksabstimmung in Jülich abgehalten. Diese entschied sich jedoch mit 21 779 gegen 11 794 Stimmen gegen den Zusammenstoß der beiden Städte.

Das Vertrauensvotum für Poincaré. Nach einem ersten Telegramm unmittelbar nach der Kammerdebatte am Donnerstag betrug das Stimmenverhältnis bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für Poincaré 472 gegen 107 Stimmen. Sodann wurde ein berechtigtes Ergebnis gemeldet, nämlich 434 gegen 74 bei 74 Stimmenthaltungen. Indessen waren auch diese Zahlen unrichtig. Das offizielle Ergebnis lautet: 434 gegen 84 bei 79 Stimmenthaltungen.

### „Ueber die Kraft“ in der Volksbühne.

Björnson beantwortet die Frage nach der Möglichkeit des religiösen Wunders mit der Aufklärung des Fragezeichens. Denn Pastor Bang, der den Bergsturz von seiner Kirche ablenkte und die gelähmte Gattin wieder gehen ließ, verliert Gattin und Leben im Augenblick seiner höchsten Erhebung. Und als er Rechenschaft für den unerwarteten Zusammenbruch des eben aufgebauten Wunders verlangt, sinkt er tot hin. Er wollte Wahrheit: Geschah nicht ein hochheiliges Wunder oder...? Sein Herzschaß hört auf.

Man erhebe sich heute nicht allzu heftig über die theologische Sorge des seligen Björnson. Er war ein mächtiger und inniger Mensch gewesen. Er hatte in den medizinischen Lehrbüchern über hysterische, himmlisch schwärmende Frauen gelesen und in der reinen Dichtung der Gotteschriften. Wissenschaft plagte ihn, die Glaubwürdigkeit erfüllte zugleich sein Blut sehr stark. Daß er imstande war, seine Tragödie von der Wundergläubigkeit trotzdem mit einer gewissen Objektivität zu überauern und zu formen, spricht für die Gesundheit seines Geistes. Uebrigens hat dieses eindrucksvolle Werk ein Fünfziger geschrieben, den man nicht zu den Rastkern rechnen, den man nur zu den Bernästern zählen darf. Trotz aller Reugier und Bewunderung für das Uebernatürliche hätte Björnson seine dramaturgische Mathematik nicht ein. So wurde ein frühtiges Theaterstück, was ein heiliger Gedankenschmied zum neuen Faustbuch aufgedacht hätte.

Gottselbakt! Alles ist hübsch klar und deutsch, manchmal nur etwas schleppend zu Anfang eingefädelt, obwohl die Björnsonschaffler gerade die feuilletonistische Wiederung des ersten Aktes loben. Diese Leute, die sich Kesthetiker nennen, sind eben stets heidenfroh, wenn sie zu ihren paar Begriffsformeln irgend etwas Geformtes entdecken. Sie sind meist nicht fähig, aus dem Geformten, aus der Dichtersprachlichkeit also, ihre Formel abzuleiten. Da es sich trotz allem Gedankenaufwand und Schönheitsverbrauch nur um eine Theaterthese handelt, sei die Freude am Theater allein betont, sei der Streit um das Wunder abgelehnt.

Herr R a n n e r, der große Wäubensmann, und Frau F e h d m e r, die gelähmte Schwärmerin, halten das Stück mit Wüte n, die aus ihrer Natur stammen, die eigentlich keine Schauspielmittel, sondern vornehme Menschentugenden sind. Herr Steinbofer, der Pastorsohn, besitzt ergreifenden Ton und Jugend, und den Blod freud. Er wird leicht keine, nicht lobenswerte Akademiemanieren ablegen. Fräulein R a n n e r, die Pastoratochter, eine idyllische Schauspielerin, wenn sie nicht eines Tages Ueberaschungen bringt, verjagt in dem großen Moment ihres Auftritts. Herr R o s, der gegüllte Fanatiker, wirkt im Effekt schöner als in der Rolle, d. h. er kann mit seiner Kraft ökonomisch umgehen. Das ist viel. Die Volksbühne verfügt nicht über eine genügende Anzahl jener sbe-

würdigen Routinen, die auch Episodentrollen erquicklich machen. So verließ der satirisch gespielte Pastorenkonvent, die grelle Farce im dunklen Blide, nur hölzern. m. h.

„Es war einmal ein Kaiser...“ An sich könnte es uns ja gleichgültig sein, was Wilhelm der Gemelene mit seinen Geldern macht. Aber wenn er sie dazu benutzt, um unseren Kindern Sehnsucht nach der alten Herrlichkeit zu erwecken, lohnt es sich schon, einen kurzen Besuch in Alsbek abzustatten. In diesem Osterbade, das ja heute nur den Vermögensklassen von Saratt-Aktionär auswärts zugänglich ist, steht das „Kaiser-Wilhelm-Heim“, ein Kinderheim, das in diesem Jahre sein zehnjähriges Bestehen feiern wird. Vielleicht ist auch dein Kind, geliebter Leser, Gast dieses Hauses gewesen. Höre darum, wie es 1921 nach Christus dort zuging!

Das Haupterziehungsmittel ist das Essen, diemilch die Liebe durch den Magen geht. Die unterernährten Kinder des Volkes, unter die sich die besonders bedürftige pommerische Bauernjugend mischt, werden gemästet, gemogen, gemästet, gemogen. Bei guter Führung erhalten sie zum Abschluß irgendein schwarzweilrotes Erämmerungsbildchen. Alle Körperbewegung ist zwecks Erlangung höchsten Fettgewichts auf ein Mindestmaß beschränkt, besonders das gesundheitschädliche Baden im zehrenden Meerwasser.

Aber irgendwie muß man sich sein Essen doch verdienen? Gewiß. Darum wird viermal des Tages vor jeder Hauptmahlzeit eine zwanzig Minuten lange Marschübung veranstaltet, bei der — jeht kommt's! — bei der folgenden Lied gesungen wird (neunzehnhundert-einundzwanzig!):

Es war einmal ein Kaiser,  
Der lebt' die Kinder sehr;  
Er baute kleine Häuser,  
Ein Wunderheim am Meer.

Es ging ihm nichts darüber, (vgl. Goethe!)  
Die Freude ist da zu Haus;  
Die Sonne steht darüber;  
Wie lustig steht das aus!“ usw.

Wie man sieht, ist der dichterische Schwung ebenso wie die gedankliche Tiefe bedeutend. Und damit die Ehrenbezeugung nicht fehle, hat jedes Kind beim Vorbeimarsch an seiner Majestät, vertreten durch die Frau Oberin oder Oberschwester, einen Diener oder Knig zu machen.

Stauend steht man, wie jeden Morgen aus den Kaiserzimmern weiße Korbessel herausgestellt und auf gelbem Gartenkiese malerisch gruppiert werden, als ob jemand käme. — Doch es kommt niemand. Und abends werden sie wieder hineingetragen. Ja, und drin die Zimmer der Allerhöchsten Herrschaften — die werden jeden Tag geböhrt und gepuht und gewischt, als ob jemand käme. — Doch es kommt niemand. Wohl ein paar Neugierige gucken hinein. Denn das muß man gesehen haben.

Verklebung der Wiener Albertina nach Amerika? Eine Aufsehen erregende Nachricht wird dem „Cicerone“ von seinem New Yorker Berichterstatter gemeldet. Aus vollkommen zuverlässiger Quelle ist, wie er schreibt, mitgeteilt worden, daß sämtliche Bestände

der wundervollen Handzeichnung-Sammlung der Wiener Albertina für etwa 6 Millionen Dollar an ein amerikanisches Syndikat verkauft oder besser „verkauft“ werden sollen. Man soll die österreichische Regierung dazu gedrückt haben, daß sie die Albertina als das Privatigentum des reichsten der Habsburger Erzherzöge, des Erzherzogs Friedrich, anerkenne. Da sich ein großes, unter französischem Einfluß stehendes Syndikat gebildet hat, das für diesen Erzherzog seine konfiszirten Besitztümer gegen entsprechende Bezahlung wiedererlangen will, so würde die Albertina als sein Eigentum in des Reich dieses Syndikats fallen, das auf diesem dunklen Wege riesige Verdienste einheimen möchte. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß emeralder Protest der gesamten Defizientheit in Oesterreich und Deutschland und das ebenso energische Verlangen, die gemündeten Forderungen dieser Transaktion beleuchtet zu sehen, diesen unerklärlichen Verlust nicht nur für Wien und uoch Europa, sondern, falls die Sammlung in verschiedene Hände übergeht, für die ganze Welt zu verhindern vermag.

Da in Oesterreich ein gutes Gesetz gegen die Ausfuhr des national bedeutsamen Kunstbesitzes besteht, dürfte diesen Kunstschätzen ihr Geschäft nicht gerade leicht werden.

Die Grippe im Ausland. Die Grippe, die bei uns ihren Höhepunkt überschritten zu haben scheint, wüet mit unermindelter Heftigkeit in zahlreichen anderen Ländern. Aus Stockholm wird berichtet, daß die Hälfte der Bevölkerung von der Krankheit ergriffen sei. Von den Ministern sind vier durch Krankheit von ihrer Tätigkeit ferngehalten und allein in der schwedischen Armee zählt man 5000 Erkrankungen. In Kopenhagen sind 600 Fälle festgestellt. Doch scheint auch hier die Seuche mild zu verlaufen, denn es kommen wenig Todesfälle vor. In Paris werden täglich etwa 90 an Grippe Erkrankte in die Krankenhäuser eingeliefert, doch sind seit dem 1. Januar nur 18 Todesfälle eingetreten. In London ist die Ausbreitung der Krankheit in den südlichen und nordöstlichen Vierteln der Stadt stärker als im Westen. Sie ergreift mit ungläublicher Schnelligkeit neue Gebiete, scheint aber in einigen Gegenden Englands bereits an Heftigkeit nachzulassen, während in anderen noch eine Steigerung zu beobachten ist. Am schlimmsten sind die Verhältnisse in Northumberland; von da aus breitet sich die Krankheit weiter nach Norden aus. In Edinburgh und Leith sind 22 000 Erkrankungen unter den Schülfern gemeldet, das sind 35 Proz. der Gesamtzahl. Die städtischen Behörden funktionieren schlecht wegen der arden Rücken in ihrem Personal, und Fälle werden berichtet, wo Geschäfte geschlossen werden mußten, weil der Inhaber mit seiner Familie und sämtlichen Angestellten erkrankt ist.

Professor Albert Einstein bricht zum ersten Mal nach Rußland. Ollie am 2. Februar im Auditorium Maximian der Unioersität.

In der Volksbühne wird infolge eines Bühnendeckels heute Abend hat „Des geliebten Raters“, „Ueber die Kraft“ gegeben.

Die Gastmimen des Deutschen Theaters besinnen Donnerstag in den Kammertheatern mit einer pantomimischen Darstellung von Leoncaualdo „Saja 190“ und einer Ballettpantomime „Das Abenteuer“ zu der Summe Kolberg die Musik geliefert hat. Die Hauptrolle wird von der russischen Prima Balletina Wera Karalli bargeleitet.

## Die Rede Lloyd Georges.

Erst gestern ist der Schluß der Rede des englischen Reichstages eingelesen — gleichzeitig mit der Meldung, daß Poincaré die schwebenden Differenzen mit England auf dem angelegentlichsten Weg der schriftlichen Noten zu behandeln versucht, wogegen sich Lloyd George entschieden wendet. Er sagte auf dem Parteitag der „National Liberals“ weiter:

Wenn man sich mit irgendeinem europäischen Problem zu befassen beginnt, dann erkennt man, daß dies

nie vorjagende Geduld,

Beharrlichkeit und Stetigkeit erfordert und daß man sich durch zeitweilige Rückschläge nicht abbrechen lassen darf. Die Männer, welche glauben, daß sie Europa in zwei oder drei Jahren von seiner Not befreien könnten, sind entweder über die wirklichen Verhältnisse nicht unterrichtet oder führen ihr Publikum irre. Die Ereignisse in Frankreich beweisen, wie vorichtig man bei so viel herrschen im Argwohn auftreten muß.

Es gibt nur einen Weg, um das Ziel zu erreichen. Dieser Weg besteht darin, daß man darauf besteht, die Nationen zu dem Bräutigam der Vernunft und nicht der Gewalt zu bringen. Das Ziel ist zu erreichen durch beharrliche Zusammenkünfte, Erörterungen und Konferenzen. Wenn im Juli 1914 eine Konferenz stattgefunden hätte, dann würde es im August keine Katastrophe gegeben haben. Ohne Meinungsaustrausch entstehen Mißverständnisse, und diese können sich zu Verwicklungen auswachsen. Konferenzen beseitigen Mißverständnisse und Argwohn. Jede Konferenz ist eine Strophe in der Leiter, die zum Frieden auf Erden führt. (Lebhafte Beifall.)

Es gibt Leute, die erklären: Genug mit den Konferenzen; wir wollen

Depeschen und Briefe

auszuwechseln! Wie ist dies angängig? Jede Partei legt ihren eigenen Standpunkt dar, und anstatt die Parteien zusammengebracht werden, verstellen sie sich nur zu oft auf ihre Ueberzeugungen. Mit einem Briefe ist die Sache nicht gemacht, mit einer Depesche kann man nicht argumentieren, und mit einer diplomatischen Mitteilung kann man nicht diskutieren. Man muß sich von Angesicht zu Angesicht gegenüberstellen. Ich habe den festen Glauben an die schließliche Vernunft der Menschen, ich bin Optimist. Am meisten treten für die Vernunft zur alten Diplomatie diejenigen ein, die unter ihren Verwundungen leiden. Wenn man seinerzeit eine Konferenz nach der neuen Methode gehabt hätte, dann würden jetzt keine französischen Provinzen auf Wiederherstellung warten. Die Männer, die die Konferenzen hassen, sind die

Männer der starren Ansichten,

die Männer, die nicht gern der Wirklichkeit ins Auge sehen. Es ist gut, wenn sie gezwungen werden, dies hin und wieder zu tun. Wer den Frieden erstrebt, muß den Mut haben, den einzigen Weg zu gehen, der zum Frieden führt, und muß an den Wert offener Erörterungen glauben. In Genua soll jetzt eine Konferenz stattfinden, in vieler Hinsicht die größte internationale Konferenz, die je abgehalten wurde. Die Nationen Europas ohne Unterschied sind zur Teilnahme eingeladen worden. (Beifall.) Sie sind eingeladen worden, weil wir diesen

dauernden Kriegsgeräuschen,

die für das internationale Wirtschaftsleben genau so schädlich sind wie der Krieg selbst, ein Ende machen wollen. Eines Tages hört man, daß Rußland rüstet, um Polen anzugreifen, daß Polen einen Aufstand in der Ukraine organisiert, daß Rußland Rumänien angreift oder daß Finnland einen Teil Rußlands erwarfen wird. Man hört, daß einer der Staaten, der einen Teil Österreichs bildet, seinen Nachbarn bedroht und daß sein Nachbar ihn bedroht — das alles ist keine Stabilität. Auf dieser zerrütteten Grundlage kann kein Wirtschaftleben aufgebaut werden. In Mitteleuropa ruiniert und raffelt es. Wir wollen diese Länder

von Angeficht zu Angeficht

zusammenbringen, und wir werden sehen, ob die Möglichkeit besteht, sie zu einem vernünftigen Einvernehmen zu bringen. Welche Nationen? Was? 45 Nationen und 1000 Sachverständige? Welche Experten? Tausend Sachverständige, finanzielle, diplomatische, wirtschaftliche! Aber sie sind immer

noch klüger als die militärischen Sachverständigen.

(Anhaltender Beifall.) Schaut auf das arme Europa, blutend, verwüstet, Ibe und in Not! Gebt uns eine neue Gelegenheit, um untereinander zu sprechen, an die Vernunft zu appellieren und zu sehen, ob der alte Geist der Bruderschaft,

der der ganzen menschlichen Rasse zuzurechnen liegt, nicht zu einem Hand in Hand und zu einem freundschaftlichen Zusammenwirken führen wird, statt zu Konflikten, die verhängnisvoll wären und das Verderben aller befehligen würden.

Wenn die Staatsmänner aller Nationen auf die Konferenz von Genua gehen, anzukommen, ihr Bestes zu tun, sich die Schwierigkeiten zu bewußt sein, und nicht in der Absicht, Schwierigkeiten zu schaffen, einzutreten, den Argwohn zu beschwichtigen, und anzukommen, zu helfen und nicht zu hindern, dann wird das Ergebnis dieser Konferenz ein guter Frieden sein. Die Männer, die sich in Machtpositionen befinden, alle Völker der Menschheit fordern ich auf, im Geiste des Friedens nach Genua zu gehen, dann wird der Friede folgen. (Beifall.)

Ohne Frieden keine Sparsamkeit, daher ist absichtlich auf das Brechen der Konferenz an die erste Stelle die Frage der Schlichtung des Friedens in Europa gesetzt worden. Sonst wäre es unmöglich, Sachverständige zu erlangen, finanzielle und handelsrechtliche Pläne zu erörtern. Der Geschäftsmann geht bei schlechtem Wetter nicht ins Freie; er hat genug von schlechtem Wetter, er sei bis auf die Haut durchnäßt und könne nirgends keine Kleider trocknen. Zunächst muß der Geschäftsmann den Klaren Himmel sehen, dann werde er Vertrauen haben und ein Millionär des Friedens werden. Ohne Frieden muß jeder Plan scheitern.

Wäre die Konferenz von Genua unter den Auspizien des Völkerbundes einberufen, wie manche verlangen, so würden zwei Nationen sicher nicht kommen, nämlich Amerika und Rußland. Die mit dem Völkerbunde nichts zu tun haben wollen. Will man den Frieden schaffen und die Welt Herrschaft wiederherstellen, so müssen die beiden Nationen in Genua vertreten sein.

Lloyd George fuhr fort: Es wird keinen Frieden geben, wenn nicht ein wirkliches Einvernehmen vorhanden ist und wenn nicht auf dieses Einvernehmen eine beträchtliche

Berminderung der drückenden Rüstungen

folgt, die immer noch auf der Welt lasten. Wenn in Genua ein Einvernehmen erzielt wird, so werden sicher die Nationen selbst eine Berminderung der Rüstungen veranlassen. Einmal hat das Beispiel gegeben. Es steht kein Heer unter die Fortschrittstürke herab und vernichtet den Bestand seiner Flotte und Luftmacht.

Zum Schluß behauptete Lloyd George die Intendantpolitik und sprach für die Einheit der Nation.

Unbehagen beim Bloc national.

Die ganze Poincaré-Presse quillert die Rede Lloyd Georges als einen Schlag gegen die Politik des Herrn und Meisters des Bloc national — zwar teilweise höflich in der Form, aber vollkommen abnehmend in der Sache.

Dagegen schreibt das linksstehende „Ouvrier“, das Wort Torheit sei nicht zu stark, um ein Vorgehen zu kennzeichnen, das in Cannes getroffenen Abmachungen breche und Gefahr laufe,

die Entente zu zerlösen

und Europa in das Chaos zurückzuführen.

## Lebensmittelpreise der Woche.

Zufuhr: Fische knapp, Geschäft etwas reger, Preise steigend. Fleisch über Bedarf, Geschäft ruhig, Preise schwankend. Obst und Gemüse knapp, Geschäft ruhig.

In der Woche vom 15. bis 21. Januar galten in der Zentralmarkthalle durchschnittlich folgende Kleinhandelspreise:  
Lebende Aale 45 M., in Eisverpackung 40 M. Hechte 19—25 M. und Biele 17—18 M. Barsche 15—16 M. Lebende Karpfen 22—28 M. Schleie 21—25 M. und Zander 15—35 M. — Kalbfleisch kostete das Pfund 10—24 M. Hammelfleisch schwankte zwischen 17 und 20 M. Schweinefleisch forderte 22—26 M. für das Pfund. — Hirschkorn kostete man von 18—22 M. haben. Die Preise für Rebhirsch gingen höher, so kostete 1 Pfund 20—30 M. Hasen wurden mit 75 und 100 M. das Stück verkauft. Für Brathühner zahlte man 28—38 M. Suppenhühner standen dem gleich. Ferkel standen mit 22 und 24 M. ausgezeichnet. Gänse schwankten zwischen 24 und 28 M. Enten wurden das Pfund mit 26—30 M. gehandelt. — Naturbutter 42—48 M. und Hagrinio 2 bis 28 M. das Pfund. Schweineschmalz 24—26 M. — Koerbsen 5 bis 9 M. und weiße Bohnen 4—8 M. Linsen kamen 10 M. Graupen 5—6 M. das Pfund. Eier wurden 14 M. und Griesnudeln 9—11 M. — Kartoffeln 12—13,50 M. 10 Pfund. — Rotkohl 4—5 M. das Pfund und Weißkohl 2,50—3 M. Wirsingkohl 2,50 M., Grünkohl 1,40 M., Rosenkohl 6—7 M. Spinat stand das Pfund mit 2 M. — Tafeläpfel wurden mit 6—9 M. angeboten und Kochäpfel mit 4—5 M. Tafelbirnen 6—8 M. das Pfund. Apfelsinen Stück 1,50—4 M.

## Strenge Kälte.

Schon der Sonntagnachmittag ließ keinen Umschwung des Wetters erhoffen, denn das Thermometer zeigte 7 Grad Celsius unter Null. Dabei war eine ständige Zunahme der Kälte recht deutlich zu verspüren. So verzeichnete man an geschützten Stellen in Berlin diese Nacht bereits 13,9 Grad unter Null. Wenn auch die Wissenschaft nur von Wärme redet, denn die kennt die übliche Bezeichnung so und so viel Grad Kälte nicht.

Heute morgen waren im Ru alle Fenstergehäusen gefroren und die Eisblumenkränze bewiesen Mannigfaltigkeit und reichen Umfang. Die klare Sonne, sonst mit Schneefall erwartet, sieht augenblicklich grau auf uns nieder. Denn — der hellere Himmel bedeutet jetzt und in den kommenden Tagen für uns Kälte. Und die ist der Allgemeinheit jetzt recht unangenehm, denn die meisten teils ungenügende und dünne Bekleidung bietet nicht den hinreichenden Schutz und die Kohlen sind knapp. Da, viele Familien haben überhaupt keine mehr. Auf Grund von Nachrichten aus anderen Ländern haben wir für längere Zeit mit starker, anhaltender Kälte zu rechnen.

Welch bedeutende Zunahme die Kälte seit Sonnabend erfuhr, erfährt man am besten aus den Messungen der städtischen Winterwetterstationen, denn es herrschten (unter Null natürlich) in Döblich 4 Grad, Altenberg 4 Grad, Reichenhain 2 Grad, Böhlsberg 5 Grad, Bärenstein 3 Grad, Oberwiesenthal 4 Grad, Oberreitersgrün 5 Grad, Johanneberg 5 Grad, Carlseck 7 Grad, Klingenthal 2 Grad, Augustsburg 2 Grad, Rochlitz 2 Grad, Rippdorf 7 Grad.

Kälteverlethung auf der Untergrundbahn.

Infolge eines Maschinendefektes im Krosimert Unterpsee der Hoch- und Untergrundbahngesellschaft, hervorgerufen durch das plötzliche Einlecken der Kälte, verlor am heutigen Montag früh kurz nach 7 Uhr die Stromzuführung auf den Strecken Reichsplatz—Johann und Alexanderplatz—Nordring. Mehrerezüge blieben auf freier Strecke liegen, so daß die Fahrgäste zu Fuß den nächsten Bahnhof aufsuchen mußten. Auf den inneren Stadtbahnen sowie auf der Wilmersdorfer, Schönberger Bahn und der Oststrecke nach Borschauer Brücke konnte der Betrieb aufrechterhalten werden. Gegen 9 Uhr war die Störung im Krosimert wieder behoben, so daß der Verkehr in vollem Umfang wieder aufgenommen werden konnte.

Heute vormittag ereignete auf dem Untergrundbahnhof Wittenbergplatz ein bisher noch unbekannter Mann einen Schlaganfall. Der Verunglückte wurde zur nächsten Rettungsstelle geschafft, wo der Tod bei der Behandlung eintrat. Die Todesursache ist nicht auf die Hochbahnstörung zurückzuführen.

## Großfeuer in der Seydelstraße.

Schwierige Rettung der gefährdeten Personen.

Die Alarmrufe „Großfeuer!“ „Menschenleben in Gefahr!“ alarmierten heute früh wieder die Berliner Feuerwehr nach der Seydelstraße 20. Branddirektor Reichel rühte mit sechs Löscheinheiten nach der Brandstelle aus. Dort stand das fünfgeschossige Quergebäude in Flammen, die in der Steindruckerei von H. Hallwachs angeblich durch Fahrlässigkeit beim Umfüllen von Terpentin ausgebrochen waren. Als die Feuerwehr erschien, herrschte eine unbeschreibliche Aufregung. Der Feuerchein war infolge der Entflammung von Benzin so stark gewesen, daß man eine große Katastrophe befürchtete. Die in der Steindruckerei von H. Hallwachs im 3. Stock befindlichen Personen hatten sich schon in Sicherheit gebracht, dagegen standen alle in den darüber gelegenen Räumen befindlichen Personen durch das Feuer, die Flammen und die total verquämten Treppen in Lebensgefahr. Der Rückweg war ihnen abgeschnitten. In den oberen Räumen befand sich die Buchbinderei von G. Wiehle. Es gelang, den 75jährigen G. Wiehle und seinen Sohn O. Wiehle mit vieler Mühe über die versteinerten Treppen und Leitern in Sicherheit zu bringen. Schwieriger gelangte die Rettung der in der Polamentfabrik von G. Haack befindlichen Personen. Ein 54jähriger kranker Mann mußte an Frankleinen befestigt über Balken aus dem 3. Stock heruntergelassen werden. Ferner konnten noch eine Frau Cecire Schörner aus der Fuldstraße 3 in Neukölln, und zwei Mädchen, die Herdenschloß erlitten hatten, gerettet werden. Sie fanden im Krankenhaus Aufnahme.

Die Feuerwehr ging von der Seydelstraße aus, sowie vom angrenzenden Spindlers Hof und der Rückseite des Grundstücks dem ehemaligen Grünen Erker, mit 5 H- und C-Röhren vor. Dabei wurden mehrere mechanische Leitern und Stiegeleitern benutzt. Eine ungewöhnlich große Ductumwidmung und der starke Frost, die Verfestigung der Treppen und Schächte erschweren die Angriffe anfänglich so, daß gegen 9 Uhr noch einige Schlauchleitungen vorgenommen werden mußten, weil aus der Seitenleitung bedroht war. Um 10 Uhr war jede Gefahr beseitigt. Der gesamte Verkehr in der Seydelstraße mußte von der „Schnur“ zeitweilig gesperrt werden.

Das Feuer war dadurch entstanden, daß ein Angestellter der Firma H. Hallwachs im Ofen Feuer anzumachen wollte und alle Aufklappen nahm, mit Petroleum trankte und in den Ofen warf. Im Herd alarm aber bereits Feuer, und so kam es, daß die mit Petroleum tränkten Lannen in das Ofenschloß stießen und sofort eine große Flamme hochschlug, die als Schichtkammer aus dem Ofenschloß die neben dem Ofen stehende Petroleumkanne ergriff. Wahrscheinlich ist bei dem Trinken der Lannen auch noch etwas Petroleum auf den Fußboden getreten worden. Dementselbst hatte das Feuer im Augenblick so viel Material, daß es sich mit rasender Geschwindigkeit über den Fußboden hin ausbreitete.

Versammlung der Sarotti-Arbeiter.

Noch immer dringen dicke Rauchwolken aus der abgebrannten Sarotti-Fabrik herüber. Eine Motorpumpe steht auf der Straße und in großen Scharen strömen die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Versammlungsraum der Konjungenossenschaft.

die der Sarotti-Fabrik gegenüberliegt, um über ihre Zukunft Näheres zu erfragen. Der Versammlungsraum ist dicht gefüllt, viele der Anwesenden tragen geliebte Kleidungsstücke, denn fast alle haben ihre eigenen beim Brande verloren. Lautes Gespräch erfüllt den Raum, jeder hat seine eigenen Sorgen. Pöhllich tritt allgemeine Ruhe ein. Der Betriebsrat hat das Wort ergriffen. Er ersucht u. a. dafür zu sorgen, daß die von der Bevölkerung teilweise hergegebenen Kleidungsstücke unter allen Umständen wieder zurückgegeben werden. Er macht Angaben über die Lohnzahlung und ersucht die Arbeiterschaft, sich bei ihren Vertrauensmännern zu melden, damit die Verbindung dauernd aufrechterhalten bleibt. Fernerhin wurde bekanntgegeben, daß Generaldirektor Hoffmann der Ansicht ist, daß die Fabrik innerhalb drei bis vier Monaten wieder vollständig in Betrieb sein wird. Als ein Mißverständnis ist es zu betrachten, daß lange vor dem Brande eine größere Anzahl moderner Maschinen bestellt worden sind, die nunmehr so schnell wie möglich fertiggebracht werden sollen. Die Arbeiterschaft soll zum größten Teil zunächst mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt werden. Ein Teil wird in behelfsmäßigen Räumen mit der Herstellung von Sarotti-Produkten beschäftigt werden. Von Dienstag ab sollen alle männlichen Arbeiter bei den Aufräumungsarbeiten helfen.

Der Brand in der Sarotti-Fabrik ist auch bis zum heutigen Montag vormittag noch nicht zum vollständigen Verschwinden gelangt. Zweizüge der Berliner Feuerwehr und die Tempelhofer Wehr sind unausgesetzt an der Brandstelle tätig, um den Kellerbrand abzulösen. Noch immer schwellt und glimmt es in den riesigen Fabrikhallen, so daß aus mehreren Schlauchleitungen fortgesetzt Wasser gegeben werden muß.

Die bürgerliche Fraktion der Tempelhofer Bezirksversammlung wird in der heutigen Sitzung der Bezirksversammlung folgende dringliche Anfrage an das Bezirksamt richten: Nach verschiedenen Zeitungsberichten soll die Tempelhofer Feuerwehr bei den ersten Löscheinheiten auf die Feuerbrunst der Sarotti-Fabrik die Gefahr unterschätzt und die Berliner Feuerwehr zu spät zur Hilfeleistung gerufen haben. Entspricht diese Mitteilung den Tatsachen? Trifft es ferner zu, daß die feuerpolizeiliche Sicherung der Sarotti-Fabrik nicht allen Anforderungen entsprochen haben soll?

## Panik in einem Kinotheater.

Zwei Kinder verletzt.

Durch einen Dummheitsstreich ist gestern nachmittag in einem Kinotheater, Brunnenstraße, das geheimer einer Jugendvorstellung dicht mit Kindern gefüllt war, schmerzes Unheil angerichtet worden. Es wird uns darüber berichtet:

In dem Kinotheater „Brunnenstraße“, auf dem Grundstück Brunnenstr. 155, fand gestern nachmittag eine Kindervorstellung statt. Kurz vor 5 Uhr rief einer der dort im Zuschauerraum sitzenden Knaben plötzlich: Feuer! Feuer!, worauf eine ungeheure Panik entstand, und die Kinder, wild durcheinander drängend, die Ausgänge suchten. Dabei wurden zwei Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, so erheblich verletzt, daß sie nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft werden mußten. Wie sich herausstellte, hatte der Knabe aus reinem Vergnügen diese Schreckenszene herbeigeführt.

Von seinem Oyster erstochen.

Ein Totschlag alarmierte am Sonntag früh den Mordbereitschaftsdienst der Berliner Kriminalpolizei. Kurz nach 2 Uhr nachts hörten Bewohner des Hauses Michaelstr. 5-6 Hilfsgepolizei. Als sie sich jetzt umsehen, fanden sie auf dem Straßensplaster vor dem Hause einen jungen Mann blutüberströmt, der einen Stich in den Hals erlitten hatte und bald darauf starb. Die Kriminalpolizei stellte zunächst fest, daß der Erstickene der 28 Jahre alte, aus Friedheim gebürtige Arbeiter Leo Wasilanka ist, ein wegen Straßenraubes, Plünderns, schweren Einbruchs und Zuhälterei mehrfach vorbestrafter Mensch. Er ist von einem bisher noch unbekanntem, etwa 55 bis 60 Jahre alten Manne erstochen worden, den er überfallen und ausgeplündert hatte. In der Notwehr hat dann der Ueberfallene zu einem Messer gegriffen und seinen Angreifer durch einen Stich in den Hals getötet. Als er sah, was er angerichtet hatte, lief er davon. Seinen Hut, der ihm vom Kopf gefallen war, ließ er zurück. Einem ermittelten Zeugen sagte er noch, daß der Räuber ihm die Brieftasche genommen habe. Andere haben gehört, wie Wasilanka den Namen „Wanda“ gerufen hatte. Dies ist ein Straßenmädchen, dem wahrscheinlich der Räuber die Brieftasche zugesteckt hat. Das Mädchen, das in seinen Armen unter dem Namen „die polnische Wanda“ bekannt ist, wird noch gesucht. Der Ueberfallene wird, da er sich selbst nicht gemeldet hat, ebenfalls gesucht. Da es sich lediglich um einen Akt der Notwehr handelt, wird er erlucht, sich selbst umgehend bei der Kriminalpolizei zu melden. Für diese Mitteilungen ist eine Belohnung bis zu 3000 M. ausgesetzt. Der Täter ist ein 55 bis 60 Jahre alter, etwa 1,65 Meter großer, unterjähriger Mann mit Glatze, der eine graugrüne Toppe trug.

Spielbanken im Westen und Norden. Wir berichteten wiederholt über Aushebungen von heimlichen Spielergesellschaften, die sich im Berliner Westen ein Stelldichein gaben und dort um hohe Summen spielten. Aber nicht nur dort, sondern auch im Norden, ging es, wie eine Razzia zeigte, an vielen Stellen um gleich hohe Beträge. Eine Streife, die das Spieldezernat der Abteilung W im Norden der Stadt gestern machte, führte zur Aushebung von fünf Lokalen, in denen sehr reger Betrieb herrschte. Spielleiter waren auch hier der Spielereibteilung bekannte gewerbsmäßige Spieler, die alle mit zur Wache mußten. Die Mitspieler wurden festgestellt und das Spielgeld und -gerät beschlagnahmt.

Die Potsdamer Luftschiffhalle als spanischer Bahnhof. Die Aufräumarbeiten auf dem Potsdamer Luftschiffhafen sind im vollen Gange. Unentbehrlich wird das Dach abgedeckt. Die ganze Halle wird, wenn sie abmontiert ist, nach Spanien geschickt und dort als Bahnhofshalle aufgestellt.

Weitere Leichensunde in Oppau. In den letzten Tagen wurden im Bau 111 der Stickstoffabrik weitere acht Leichen unter den Schuttmassen gefunden. Im Bau 160 wurden ebenfalls unter den Trümmern zwei Leichen herausgegraben.

Todessturz einer schwedischen Fliegerin. Bei einem Fallschirmsprung in Usterlund mit einem kleinen Fallschirm verunglückte die einzige Fliegerin Schwedens Elfa Andersson. Der Schirm entfaltete sich nicht. Bräulein Andersson stürzte aus einer Höhe von 400 Metern herab und war sofort tot.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und überwiegend heiter bei steigendem Frost und kalten östlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinahrichten.

2. Abt. Die Funktionäre und Beamten der Abteilung treffen sich Dienstag abend 7 Uhr im Lokal Dönnemach, Kommandantenstr. 88, zur Bestellung der Flugblätter.

## Jugendveranstaltungen.

Verzehr Arbeiter-Songklub Groß-Berlin, 62, 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3. Exp. Telefonbau Reichplatz 121 05—121 10.

Heute, Montag, den 23. Januar:

Karlshof, Jüdenbühl 20, Gemeindehalle, Karlstraße, Aufbruchbesitzung, Mittellagerversammlung.

